

Solidarisch und kompetent durch die Pandemie

Die LINKE steht für eine wissenschaftsbasierte und am medizinisch Notwendigen orientierte Pandemiepolitik, die die Impfung der Bevölkerung aktiv fördert, um eine möglichst hohe Impfquote zu erzielen. Hierbei werden Extremmeinungen einzelner Mediziner:innen oder Virolog:innen nicht einbezogen ("False Balance"). Unsere Pandemiepolitik orientiert sich am Menschen und nicht an der maximalen Belastbarkeit des Gesundheitssystems.

Dieses Positionspapier widmet sich vor allem dem Schwerpunkt Gesundheitswesen.

Vorausschauendes Handeln durch gründliche Planung

Es ist ungewiss, wie lange die Pandemie andauern bzw. wann sie endemisch wird. Wir brauchen daher eine Politik, die nicht nur hinter der akuten Situation herläuft, sondern auf Grundlage bisher gemachter Erfahrungen vorausschauend plant und Konzepte für Wenn-Dann-Szenarien entwirft. Dies führt zu einer schnelleren Reaktionsfähigkeit in Bezug auf konkrete Krisensituationen wie z. B. exponentielles Wachstum oder Mangel an Intensivpflegeplätzen. Wir brauchen ein tragfähiges "Winterkonzept", d. h. einen Plan für absehbare Hochinzidenzzeiten.

Pandemie global denken

Da die Pandemie nur global beendet werden kann und wir noch nicht wissen, wie oft nachgeimpft werden muss, müssen die Patente freigegeben und der "globale Süden" aktiv bei dem Kampf gegen die Pandemie durch Technologietransfer unterstützt werden.

Solidarisches Handeln gegenüber exponierten Personengruppen

Corona trifft immer die Ärmsten und Schwächsten am stärksten – aus den Gruppen der alten Menschen, der Erwachsenen und der Kinder. Das Stichwort dazu ist gesundheitliche Ungleichheit. So sind auch Vorerkrankungen bereits Ausdruck dieser – letztlich sozialen – Ungerechtigkeit. Die Klassenzugehörigkeit bestimmt die Schwere der Erkrankung eben maßgeblich mit. Daraus ist zu schließen, dass effektive Pandemieschutzmaßnahmen Aufgaben einer jeden Linken – einer jeden sozialistischen Partei sind.

Solidarisches Handeln gegenüber Pflegekräften, Mediziner:innen, vulnerablen Gruppen, Kindern und denen, die nicht im Homeoffice arbeiten können, ist notwendig, um die Verbreitung des Virus einzudämmen und die Gefährdung von Menschen zu minimieren. Daher sind gewisse Einschränkungen zu akzeptieren wie z. B. Zugangsbeschränkungen (je nach Sachlage und örtlichen Gegebenheiten 3G, 3G+, 2G, 2G+, Maskenpflicht) oder dem Verbot von (Groß-) Veranstaltungen. Falls Kontaktbeschränkungen erforderlich werden, sollten diese Kinder und Jugendliche aussparen. Zuerst sind berufliche Kontakte einzuschränken und Betriebe bei hoher Inzidenz ggf. zu schließen. Wenn möglich, muss für Arbeitnehmer:innen das Arbeiten von zu Hause ermöglicht werden. Der Ausfall von Einkommen aufgrund von Maßnahmen muss durch ein Hilfeprogramm, das auch prekäre Beschäftigte wie z. B. Soloselbstständige oder Minijobber:innen unbürokratisch einschließt, ausgeglichen werden

Allgemeine Ausgangssperren lehnen wir jedoch ab.

Besondere Rücksicht auf Kinder und Jugendliche

Um einen möglichst sicheren Kita- und Schulbetrieb zu gewährleisten, fordern wir folgende Maßnahmen, gerade unter der Voraussetzung, dass es noch keinen zugelassenen Impfstoff für Kinder unter 5 Jahren gibt: Kitas und Schulen müssen mit einer ausreichenden Zahl an Luftfiltern ausgestattet werden. Für Schulen gilt eine Test- und Maskenpflicht. Außerdem muss jedem Kind die Möglichkeit für ausreichende Hygiene (Händewaschen, Desinfektion) geboten werden. Die Schüler:innen sind entsprechend anzuleiten.

An den Schulen muss leicht verständliche Aufklärungsarbeit geleistet und Vorurteile gegenüber Impfungen generell und besonders gegen Corona möglichst ausgeräumt werden. Dies ist durch geeignetes Fachpersonal, welches entsprechend qualifiziert und geschult ist vorzunehmen. Gehört

eine solche Person nicht zum Schulpersonal, ist sie von der Schule zu Aufklärungsterminen einzuladen. Als Ansprechpartner:innen für eine Vermittlung entsprechender Kräfte sind z. B. Gesundheitsämter geeignet.

Schulschließungen führen zu einem Bruch in den Bildungsbiografien gerade bei Kindern aus benachteiligten Familien. Außerdem entziehen sie den Kindern und Jugendlichen die in diesem Alter so wichtigen sozialen Kontakte, was zu sozialen und psychischen Problemen führt. Daher ist der Unterricht aufrechtzuerhalten. Wenn die Situation es erfordert, sind Klassenverbände durch kleinere Lerngruppen (mit leichterer Kontaktnachverfolgung) zu ersetzen. Bei zu hohen Inzidenzen ist Wechselunterricht durchzuführen oder auch eine Verlegung des Unterrichtsorts (z.B. große Räume in Theatern oder Museen etc.) oder alternative Unterrichtskonzepte (Erlernen physikalischer oder chemischer Zusammenhänge durch praktische Versuche im Freien) durchzuführen. Für den Fall des Wechselunterrichts ist Kindern aus Familien, die sich solches nicht leisten können, ein Internetanschluss sowie ein Endgerät zur Verfügung zu stellen. Grundlage für die Durchführung des digital unterstützten Heimunterrichts sind die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aufgestellten Forderungen zur Digitalisierung an Schulen (u. A. https://www.gew.de/fileadmin/media/sonstige_downloads/hv/Digitale-Medienbildung/2019-04-30_Empfehlungen_zur_Umsetzung_des_Digitalpakts.pdf)

Ebenso ist Inklusiver Unterricht ist zu gewährleisten und alle nötigen Ressourcen dafür zur Verfügung zu stellen, in Technischer sowie auch in Form von persönlicher Assistenz.

Kinder müssen vom Leistungsdruck in dieser Situation befreit werden. Im Vordergrund dürfen nicht der starre Lehrplan und ein verengter Leistungsgedanke stehen, sondern die Bildung und sozial-emotionale Entwicklung der Schüler:innen in allen möglichen Formen und Facetten.

Niederschwellige Pandemiebekämpfung und Vorsorge

Niederschwellige und kostenlose Test- und Impfangebote müssen aufrechterhalten bzw. neu eingerichtet werden. Dies hat flächendeckend zu geschehen, sodass jede:r entsprechende Angebote ohne lange Anreise wahrnehmen kann. In ländlichen und strukturschwachen Gebieten sind mobile Angebote (z. B. Testbusse) einzurichten. Außerdem müssen diese Angebote der durch Verordnungen und Vorschriften erforderlichen Häufigkeit entsprechen. In Deutschland sind sofort alle von der WHO registrierten Corona-Impfstoffe anzuerkennen. Masken und Selbsttests müssen an Transferleistungsempfänger:innen sowie Menschen mit sehr niedrigen Einkommen kostenlos und in ausreichender Menge abgegeben werden. Wichtig ist die aufsuchende Aufklärungsarbeit, mehrsprachig und in einfacher Sprache, um Informationsdefizite und Misstrauen aufgrund mangelhafter Information abzubauen. Um schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen anzusprechen, sollte man eine zielgruppenspezifische Prävention betreiben. "Schlüsselpersonen" in den jeweiligen Communitys sollten entsprechend geschult werden und können so als Multiplikator:innen das notwendige Vertrauen schaffen und Wissen vermitteln.

Klare Kommunikation und Information

Wir brauchen allgemein eine verständliche und transparente Informationspolitik. Dies muss in den Massenmedien wie Fernsehen auch in einfacher Sprache erfolgen und allgemein verständlich sein. Widersprüchlichkeiten wie im letzten Winter ("wenn Lockdown, dann Weihnachten"), oder unhaltbare Aussagen wie "die Pandemie ist bald beendet" oder Versprechungen wie "Freedom Day" sind zu unterlassen, wenn wissenschaftliche Fakten und Prognosen dem entgegenstehen. Stattdessen muss frühzeitig und proaktiv auf kommende Probleme hingewiesen bzw. thematisiert werden, dass Prognosen und wissenschaftliche Erkenntnisse mit dem Zuwachs an Erfahrungen manchmal korrigiert oder revidiert werden müssen.

Bisher ging die Politik in ihren Verlautbarungen immer von einem "Best Case Scenario" aus, während die Wissenschaftler:innen mahnten und warnten. Dieses Missverhältnis wirkt irritierend, unterhöhlt Vertrauen in die Politik und in Politiker:innen und ist durch mehr Ehrlichkeit in der Kommunikation zu ersetzen.

Pandemievorbereitung

Wir brauchen eine vernünftige Pandemievorbereitung, nicht nur im Fall eines Wiederaufflammens der Corona-Inzidenzzahlen, sondern auch für zukünftige Pandemien. Diese betrifft alle Bereiche, wie z. B. Gesundheitswesen, den Bildungsbereich, Infrastruktur und die Bevorratung benötigter Materialien. Wir brauchen eine vernünftige Pandemievorbereitung, nicht nur im Fall eines Wiederaufflammens der Corona-Inzidenzzahlen, sondern auch für zukünftige Pandemien. Diese betrifft alle Bereiche, wie z. B. Gesundheitswesen, den Bildungsbereich, Infrastruktur und die Bevorratung benötigter Materialien. Um Infektionswege und -orte schneller erkennen und evidenzbasierte Maßnahmen einleiten zu können, müssen Gesundheitsämter, Arztpraxen, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen in die Lage versetzt werden, Daten digital zu empfangen, zu verarbeiten und zu versenden. Dies ermöglicht eine kleinräumige Berichterstattung und betrifft vor allem Testergebnisse, Infektionszahlen, Infektionsverläufe, Sequenzierungsergebnisse u. ä. Die bisher gemachten Erfahrungen belegen deutlich, dass die Datenverarbeitung auf überwiegend analogem Weg zu zeitintensiv ist, um ein schnelles und zielgerichtetes Handeln zu ermöglichen. So kann bei Bedarf schneller und genauer reagiert werden. Außerdem müssen die Gesundheitsämter personell deutlich besser ausgestattet werden. Um den Fachkräftemangel in den Gesundheitsämtern zu überwinden, brauchen wir eine deutliche Aufwertung durch bessere Bezahlung und Aufstiegsperspektiven. So kann bei Bedarf schneller und genauer reagiert werden. Außerdem müssen die Gesundheitsämter personell deutlich besser ausgestattet werden. Um den Fachkräftemangel in den Gesundheitsämtern zu überwinden, brauchen wir eine deutliche Aufwertung durch bessere Bezahlung und Aufstiegsperspektiven.

Es ist deutlich geworden, dass das gewinnorientierte Gesundheitswesen Pandemien nicht gewachsen ist und reformiert werden muss. Dazu gehören bessere Bezahlung und Entlastung der Pflegekräfte durch einen festen Personalschlüssel (bedarfsgerechte Personalbemessung). Dazu gehören aber auch die Abschaffung der Fallpauschalen, 10000 Euro steuerfreie Prämie für Pflegekräfte als Anerkennung ihrer Arbeit und die Rekommunalisierung von Kliniken und Pflegeheimen. Das Gesundheitswesen ist kein geeigneter Bereich, um Profite zu erzielen, sondern muss zu seinen Kernaufgaben, Daseinsvorsorge, Gesundheitspflege und Krankenversorgung, zurückgeführt werden. Daher soll für diese Einrichtungen ein Gewinnverbot gelten.

Bewältigung der „vierten Welle“

In erster Linie sind für einen Erfolg der Impfkampagne niederschwellige Angebote in Verbindung mit einer guten Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit wichtig.